

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kein FAIRWOHNEN

„Mit dem Ausschluss der TLG FAIRWOHNEN aus dem Bieterverfahren erweist sich, dass das öffentliche Gerede vom Mieterschutz am Ende nichts wert ist“, protestiert die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Sedlacik. Die TreuhandliegenschaftsGenossenschaft FAIRWOHNEN i.G ist durch das Bundesfinanzministerium aus dem Bieterverfahren ausgeschlossen worden. Nur zwei klassische Immobilienunternehmen und vier Finanzinvestoren wurden für das weitere Bieterverfahren zugelassen. „Offensichtlich sollen keine sozialen Verpflichtungen eingegangen werden. Die Erfahrungen u.a. aus Dresden zeigen, dass Sozialchartas spätestens beim Weiterverkauf der ehemaligen staatlichen Wohnungen nichts mehr zählen. Das von LINKEN Abgeordneten initiierte genossenschaftliche Gegenmodell zu den Finanzinvestoren musste wohl daher aus dem Verfahren genommen werden. Die Ankündigung der Aufsichtsratsvorsitzenden von „Fairwohnen“, Heidrun Blum, dass die Genossenschaft ebenso wie die Linkspartei auch ohne Kaufoption beim Bund weiter auf die Selbstorganisation der Bewohner setzt, werde sie als Mitglied der Genossenschaft FAIRWOHNEN unterstützen. „Denn maßgeblich ist, dass Wohnen bezahlbar bleibt und Mieter nicht als die Renditezahler für 'Heuschrecken' dienen“, so die Landtagsabgeordnete. ■

### Thüringer KulturTOUR

Die erste Ferienwoche in Thüringen nutzt die Kulturpolitikerin der Linksfraktion, Dr. Birgit Klaubert, für eine thematische Rundreise durch Süd- und Westthüringen. Unter dem Motto „Kulturfinanzierung und kulturelle Teilhabe im ländlichen Raum“ besucht sie verschiedene Einrichtungen, Vereine und Projekte, um gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Entwicklungen und politische Handlungsmöglichkeiten für die Thüringer Kulturszene zu diskutieren. Die Ergebnisse sollen auch Verhandlungsgrundlage für die anstehenden Haushaltsberatungen im Landtag sein. Zur Diskussion steht auch das Konzept der Linksfraktion für einen „solidarischen Kulturförderausgleich“ als neuen Mechanismus der Kulturfinanzierung in Thüringen. Bei der „KulturTOUR“, die von Suhl über Meiningen, Dermbach, Bad Salzungen und Eisenach nach Erfurt führt, geht es u.a. zum Kulturbeirat der Stadt Eisenach, zum Trägerverein des Kunsthäuses Meiningen sowie den Ausrichtern des „Provinzschrei“-Festivals.

Unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) ein Online-Tagebuch mit ersten Eindrücken. ■

# Gelungenes digitales Experiment in Erfurt

Debatte von Bodo Ramelow und Johannes Ponader direkt ins Internet übertragen



*Der Termin war mit Spannung erwartet worden: am 20. Juli haben Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, und Johannes Ponader, Politischer Bundesgeschäftsführer der Piratenpartei, in Erfurt zum Thema „Von der Grundsicherung (ALG II) zum Grundeinkommen (BGE)“, diskutiert. Wer wollte, konnte per Livestream dabei sein und im Live-Chat kommentieren.*

Der Diskussion war ein kurzer Schlagabtausch beim Kurznachrichtendienst Twitter vorangegangen. Ausgangspunkt: Ponaders Text „Ich gehe: Mein Rücktritt vom Amt“, veröffentlicht im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Dort hatte er erläutert, künftig auf Arbeitslosengeld II verzichten zu wollen, wegen des Umgangs des Jobcenters mit ihm. Ramelow kommentierte das kritisch, ist für ihn doch die Ausgestaltung der Funktion eines Bundesgeschäftsführers als unbezahltes Ehrenamt nicht sachgerecht. Die digitale Welt reagiert üblicherweise schnell und nicht selten arg verkürzend – Ra-

melow wurde von einigen Opponenten vorgeworfen, sich gegen einen vom Hartz-IV-Unrecht betroffenen Menschen gewandt zu haben.

Ein nicht nur unfairer, sondern völlig absurder Vorwurf, ist die Abschaffung des unsozialen Hartz IV doch ein Grundanliegen von Bodo Ramelow. Die beiden Politiker verständigten sich auf

eine Versachlichung der Debatte und den direkten Austausch von Argumenten. Doch das nicht unter vier Augen, sondern per Livestream in der digitalen Öffentlichkeit.

Mit Salve TV in Erfurt war ein professioneller Medienpartner gefunden, der das Experiment einer live ins Internet übertragenen Diskussion nicht scheute. Neben

den beiden Diskutanten befassten sich mehrere Vertreter der Linksfraktion und der Piratenpartei vor Ort mit der Weitergabe aktueller Informationen in den Live-Chat und die sozialen Netzwerke (Twitter, Facebook).

Inhaltlich überwogen bei weitem die Gemeinsamkeiten. Künftige Diskussionen werden zeigen, wie sich die Konzepte des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ und der „Sanktionsfreien, bedarfsdeckenden Mindestsicherung“

weiter qualifizieren und in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen lassen.

Ein gelungenes Experiment: alle Beteiligten – Bodo Ramelow, Johannes Ponader und Salve TV – betonten im Anschluss, dass man mit dieser Form der politischen Debatte in Thüringen Neuland betreten und Maßstäbe ge-



setzt habe. Bodo Ramelow kündigte zudem an, dass die Linksfraktion den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten werde, Politik transparenter und teilnehmungsorientierter zu gestalten.

*Mitschnitt der Sendung über die Seite der Linksfraktion abrufbar: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)*

Stefan Wogawa ■

## Keine Ministeranklage bei Amtspflichten-Verstoß

In der letzten Landtagssitzung vor der parlamentarischen Sommerpause stand die Schlussabstimmung der von der Linksfraktion vorgelegten Gesetze zur Aufnahme der Ministeranklage in die Thüringer Verfassung auf der Tagesordnung. Die Gesetzentwürfe erzielten jedoch nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit.

In der Debatte meinte beispielsweise der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Hartung, dass die Kontrolle schon gut funktioniere und es andere Mittel gebe, um gegen Minister-Verfehlungen vorzugehen, etwa das Misstrauensvotum. Auch die Grünen wandten sich gegen die Vorschläge der LINKEN.

### Unverständlich und entlarvend

Als „unverständlich und entlarvend“ bewertete Knut Korschewsky, Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der LINKEN, die Ablehnung der Gesetzentwürfe durch die Landtagsmehrheit, insbesondere die CDU/SPD-Koalition: „Die Koalition verweigert ganz offensichtlich die Schließung ei-

ner ‚Verantwortlichkeitslücke‘ für Minister, da sie nicht wie einfache Beamte in Thüringen dem Disziplinarrecht unterliegen.“ Nach den LINKE-Gesetzentwürfen zur Änderung der Verfassung und des Verfassungsgerichtshofgesetzes sollte es in Zukunft in Thüringen möglich sein, dass der Landtag Ministerpräsidenten und Minister vor dem Verfassungsgerichtshof anklagen kann wegen Verletzung von Amtspflichten und Verstößen gegen geltende Gesetze, insbesondere die Verfassung. In anderen Bundesländern, wie Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz oder dem Saarland, gebe es diese Ministeranklage schon, informierte Knut Korschewsky.

„Auch das von CDU und SPD vorgebrachte Argument, die Ministeranklage sei als Instrument veraltet, ist nicht nachvollziehbar, denn die Feststellung, dass Mitglieder der Landesregierung gegen ihre Amtspflichten und geltendes Recht verstoßen haben sowie die Sanktionierung dieser Verstöße sind in einem Rechtsstaat eigentlich eine Notwendigkeit.“ Der LINKE-Abgeordnete erinnerte an zahlreiche Vorfälle der

Vergangenheit in Thüringen, bei denen solche Verfehlungen von Ministern als Problem im Raum stehen.

### LINKE lässt sich nicht abschrecken

„Zu nennen sind hier die Affäre um den Unternehmer Pilz, der Skandal um die Verwendung öffentlicher Subventionen beim Congress-Centrum Suhl und dem Dom-Hotel in Erfurt, aber auch die früheren Verfassungsschutzskandale, z.B. um CDs mit sensiblen Daten in Briefkästen. Und auch für die Zukunft sind Problembaustellen absehbar, so z.B. Minister-Verantwortlichkeiten rund um die Zwickauer Terrorzelle und die sogenannte Beschaffungsaffäre“, so der LINKE-Abgeordnete. Er kündigte an, dass sich die Linksfraktion von der undemokratischen Verweigerung einer Diskussion der Gesetzentwürfe in den Fachausschüssen und der rüden Beerdigung im Landtagsplenum nicht abschrecken lässt, sondern an dem Thema auch mit Blick auf damit verbundenen Anti-Lobbyismus-Aspekte weiterarbeiten wird. ■